



Frauenrechtlerin und Moscheegründerin Seyran Ates

Foto: dpa

Berlin -

Moscheegründerin Seyran Ates hat nach einem umstrittenen Solidaritätsantrag der AfD mangelndes Interesse der Berliner Politik an ihrem Projekt beklagt. „Genauso wie ich mir gewünscht hätte, dass die AfD uns nicht vor ihren politischen Karren spannt und unabgesprochen einen solchen Antrag stellt, wäre es auch schön gewesen, wenn die anderen Parteien mit uns das Gespräch gesucht hätten“, teilte Ates auf Anfrage mit.

Die Frauenrechtlerin und Anwältin hatte im Juni eine liberale Moschee gegründet. Dort können Frauen und Männer aus allen Richtungen des Islam gemeinsam beten. Ates erhielt Drohungen und steht unter Polizeischutz. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte das Gotteshaus Ende September besucht.

Nur Anrufe

Die AfD-Fraktion forderte am Donnerstag im Abgeordnetenhaus „Solidarität“ mit der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee. Die Fraktionen stärkten Ates in der Debatte demonstrativ den Rücken, mochten sich dem AfD-Antrag aber nicht ohne Weiteres anschließen. Die AfD sei zu diesem Antrag „moralisch nicht

legitimiert“, kritisierte die Linke. Die FDP nannte den Antrag „doppelzüngig und falsch“.

Ates hatte vorab kritisiert, große Teile der **AfD spalteten das Land mit rassistischen und islamfeindlichen Aussagen**. Sie stehe für politische Spielchen nicht zur Verfügung. Die AfD habe sich inzwischen bei ihnen für ihr Vorgehen entschuldigt und zu einem Gespräch eingeladen, so Ates. Aus den Regierungsfractionen sei sie „nur angerufen“ worden, um zu fragen, ob es okay sei, den Antrag abzulehnen, kritisierte sie. (dpa)

– Quelle: <https://www.berliner-kurier.de/28988852> ©2018